

Schweiz – EU-Mehrheit der Schweiz wünscht sich geregelte Beziehungen zur EU



Die EU ist die mit Abstand die wichtigste Partnerin der Schweiz. Eine gute Zusammenarbeit ist offenbar von Interesse und über bilaterale Verträge geregelt. Die «Abteilung Europa» ist das Kompetenzzentrum des Bundes für alle europapolitischen Fragen.

SRF / NOVIKOV ALEKSEY

- Fast acht von zehn durch das Forschungsinstitut gfs.bern Befragten sind der Meinung, dass die Schweiz starke Beziehungen zur EU braucht, um im globalen Wettbewerb bestehen zu können.
- Der gleiche Anteil der Bevölkerung befürwortet die Einführung eines Streitbelegungsverfahrens.

- Bilaterale Beziehungen sollen den Zugang zu qualifizierten Arbeitskräften erleichtern, und der Wirtschaftsstandort Schweiz soll gestärkt werden.

Obwohl die Unterstützung für die bilateralen Abkommen deutlich blieb, sei sich die Bevölkerung der Auswirkungen der Abkommen bewusst, teilte der Auftraggeber der Studie, der Verband Interpharma, mit.

69 Prozent der im Rahmen der repräsentativen Umfrage befragten Schweizerinnen und Schweizer erwarten demnach, dass die bilateralen Beziehungen den Zugang zu dringend benötigten, qualifizierten Arbeitskräften erleichtern.

Was ist eine Streitbeilegung?

Eine Streitbeilegung bezieht sich auf das Verfahren zur Lösung von Konflikten über die Auslegung oder Anwendung eines Abkommens, wie es beispielsweise in Freihandelsabkommen vorgesehen ist.

Bisher wurde gegen die Schweiz noch nie ein Streitbeilegungsverfahren angestrengt und die Schweiz hat ihrerseits auch noch nie ein solches Verfahren gegen eine andere Partei eröffnet.

Quelle: Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco)

Stärkung des Wirtschaftsstandorts

Zusätzlich soll der Wirtschaftsstandort Schweiz durch die Abkommen gestärkt werden, was 64 Prozent der Befragten erwarten. Rund die Hälfte der Befragten zeigt sich jedoch unsicher, ob die Abkommen der Schweiz insgesamt mehr Wohlstand bringen.

Diese unterschiedliche Wahrnehmung verdeutliche, dass es verstärkte Aufklärungs- und Informationsarbeit brauche, insbesondere von Seiten des Bundesrates, teilte Interpharma mit.

Insgesamt nahm die positive Einschätzung der bilateralen Verträge durch Schweizer Stimmberechtigte im Winter 2025 erstmals ab, wie es in der Studie weiter hiess. Zuvor war die Zustimmung seit 2020 stetig gestiegen.

Derzeit sehe zwar immer noch eine klare Mehrheit von 58 Prozent hauptsächlich Vorteile in den bilateralen Verträgen – dieser Anteil habe sich im Vergleich zum Vorjahr jedoch um sechs Prozentpunkte verringert.

Als nachteilig betrachtet werden die bilateralen Verträge von rund 20 Prozent der Befragten – also von einem Prozent mehr als noch im Vorjahr. Dafür wuchs der Anteil der Befragten, die sowohl Vor- als auch Nachteile erkennen. Dies deutet auf eine verstärkt ambivalente Haltung der Bevölkerung gegenüber den Bilateralen hin, schrieb das Forschungsinstitut gfs.bern.